

SPD fordert Truck-Road für Schonungen und Waldsachsen

Die Tage sind gezählt, bis die ersten Sattelschlepper das hochbelastete Erdmaterial der Sattler-Altlast abtransportieren. Welchen Weg die LKW-Kolonnen einschlagen wird, das beschäftigt die SPD der Großgemeinde Schonungen seit vergangener Herbst. Mit dem Aktionsbündnis "Lebendiges Waldsachsen" sei man im ständigen Austausch, versichert Vorsitzender Stefan Rottmann. Neben Gesprächsrunden haben zudem die Fraktionsmitglieder vor Ort die Beschaffenheit und Wegeführung der möglichen "Truck-Road" als Umgehungsstraße in Augenschein genommen. Schon von Beginn an hat sich die SPD für die direkt betroffenen Familien im Bereich der ehemaligen Farbfabrik eingesetzt; Spendengelder gesammelt, Ortstermine mit Landes- und Bundespolitikern vermittelt oder Demonstrationen organisiert. Das Projekt ist nun weiterentwickelt worden und logistische Fragestellungen sind in den Vordergrund gerückt. "Wir haben auch die Sorgen und Nöte derer Anwohner auf der Agenda, die sich nun vor dem Schwerlastverkehr fürchten.", sagt Rottmann. Um belastendes Zahlenmaterial und Informationen vom Umweltministerium frühzeitig zu bekommen hat die SPD mit ihrer Landtagsabgeordneten Sabine Dittmar bereits im Dezember eine Initiative in München gestartet und eine Parlamentarische Anfrage an die Staatsregierung gestellt, die Aufschluss über Kosten und technische Standards der Trasse geben sollte.

Die SPD unterstützt ausdrücklich den Forderungskatalog der Gemeinde und spricht sich in einer Pressemitteilung für die Truck-Road zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger Waldsachsens und Schonungen aus. Besonders das Nadelöhr Hofheimer Straße im Altortbereich, das auch von vielen Kindern der Grundschule überquert wird, würde damit entlastet und potentielle Gefährdungen beseitigt werden. Von der Anwohnerschaft der Oberlandgemeinde wird mit dem täglichen Baustellenverkehr, Emissionen, Staub- und Lärmbelästigung auch ohne den Dauertransport des Aushub- und Verfüllmaterials viel abverlangt. Hinzu kommen Behinderungen und Einschränkungen im Straßenverkehr durch die Gefahrguttransporte, die kaum abschätzbar seien. In einem neuen Gutachten werden die Kosten für den Ausbau der Truck-Road durch das Staatliche Bauamt auf nunmehr maximal 300.000 Euro geschätzt, damit konnten die Kosten auf ein Mindestmaß reduziert werden ohne die Leistungsfähigkeit der Trasse zu beschneiden. Durch die Asphaltierung wäre ein Ganzjahresbetrieb möglich. Die SPD fordert eindringlich die Staatsregierung auf, die Kosten für die Truck-Road zusätzlich in das Budget für die Altlastsanierung aufzunehmen, ohne dass am Umfang der Sanierungsarbeiten eingespart werden würde. Es müsse eine nachhaltige, das heißt rechtlich und fachlich einwandfreie Sanierung gewährleistet werden, damit die Menschen ihre Grundstücke nach Beendigung der Maßnahmen uneingeschränkt nutzen können. Gleichzeitig stellt die SPD fest, dass der Bau der Truck-Road von der Gemeinde finanziell nicht zu schultern sei, vorstellbar wäre der Unterhalt der Strecke beispielsweise durch den gemeindlichen Winterdienst. Die SPD fordert für die Gemeinde finanzielle Planungssicherheit und damit die Zusicherung des Höchstsatzes an Bedarfszuweisungen ein. Die staatlichen Zuwendungen dürfen durch den Bau der LKW-Trasse nicht gefährdet werden. Bekanntermaßen ist die Gemeinde mit 44% der knapp 33 Millionen Euro Altlastkosten betroffen und könnte mit Bedarfszuweisungen von 80% rechnen. Damit die Gemeinde Zuschussmittel für den Städtebau nicht verliert und das Projekt nicht verzögert wird, muss die Truckroad wie im Beschluss des Gemeinderats gefordert als alternative Verkehrsführung in die Ausschreibung und in die Ausführungsplanung der Sanierung aufgenommen werden.

Der Transport der über 110.000 Tonnen Erdmaterials bedeutet aber nicht nur eine hohe Verkehrsbelastung: In einem aufwändigen Verfahren müssten an Häusern und Straßen vor und nach dem Massentransport Beweissicherungen durchgeführt werden. Straßenausbesserungen, Verkehrsregelungen durch Ampelanlagen, Bauverzögerungen, mögliche Beschädigungen an Häusern oder parkenden Autos oder gar Personenschäden würden ein vielfaches der Herstellung der Ausweichtrasse kosten. Man werde auch von SPD-Seiten weiter am Ball bleiben und hat die örtliche Landtagsabgeordnete Sabine Dittmar nochmals eingeschaltet.